

## Pressemitteilung

Nürnberg, 15.01.2005

### Schulsozialarbeit hat höchste Dringlichkeitsstufe

Landeskongress für Schulsozialarbeit des Forums Bildungspolitik in Bayern in Zusammenarbeit mit der Georg-Simon-Ohm Fachhochschule Nürnberg prangert Stellenstreichungen und leere Versprechungen an

**Nürnberg – Die mangelhafte Versorgung mit Schulsozialarbeit in Bayern ist beim Landeskongress Schulsozialarbeit 2005 in Nürnberg scharf kritisiert worden. Sprecher des Forums Bildungspolitik, Albin Dannhäuser, forderte, das Angebot an allen Schulen deutlich auszubauen und nicht nur auf Brennpunktschulen zu konzentrieren. Ziel muss die flächendeckende Versorgung sein. „Immer mehr Kinder und Jugendliche brauchen Hilfe und sozialpädagogische Betreuung. Weil Fachpersonal fehlt, müssen Lehrerinnen und Lehrer die wichtige und notwendige Aufgabe ohne Hilfe und zusätzlich neben dem Unterricht leisten.“ Die Staatsregierung hatte im Jahr 2002 angekündigt, innerhalb der nächsten zehn Jahre 350 neue Stellen für Sozialpädagogen/innen zu schaffen – doch dies erweist sich nun als leeres Versprechen: Bisher wurden 80 Stellen geschaffen. Der weitere Stellenausbau wurde nach Auskunft des Sozialministeriums im Doppelhaushalt 2006/07 storniert. „Hier wird am falschen Ende gespart“, kritisierte Dannhäuser. „Schulen brauchen schnelle und effiziente Hilfen.“ „Alarmierend ist auch die Erfahrung vieler ausbildungswilliger Unternehmen, die zwar Lehrstellen angeboten haben, aber keine annähernd den Anforderungen gerecht werdenden Bewerber finden konnten“, ergänzte Prof. Dr. Herbert Eichele, Rektor der gastgebenden Hochschule, „Junge Menschen werden sonst ausgegrenzt und bleiben ohne Chancen.“**

Die Hauptreferentin des Kongresses, Professorin Dr. Chris Brückner von der Fachhochschule München, verwies auf die jüngsten internationalen Vergleichsuntersuchungen, die aufzeigen, dass gerade in Deutschland Schüler aus sozial benachteiligten Familien immer stärker ins Hintertreffen gerieten. Sie berichtete von einer eigenen empirischen Untersuchung, in der festgestellt werden konnte, dass sich in den vergangenen 10 Jahren die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule im Großraum München erfolgreich entwickelt hat und zu beachtlichen Ergebnissen führte.

Schulsozialarbeit meint ganzheitliche Förderung und Hilfe von Schüler/innen, die sich an deren Lebenswelt und Lebenslagen orientiert. „Der Bedarf in Bayern ist groß“, betonte Dannhäuser. In den Pflichtschulen wächst die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit massiven Lebens- und Lernproblemen. In Bayern verlassen zehn Prozent eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss. Sechs Prozent davon kommen allein aus der Hauptschule. Bei den ausländischen Schülern erreichen 22,3% keinen Schulabschluss, bei den ausländischen Jungen sind es über 26%. Nach einer Studie des Münchner Jugendinstituts gelten fünf bis zehn Prozent aller Schüler/innen als aktive Schulschwänzer. Sechs bis acht Prozent der Jugendlichen aus deutschen Familien und rund ein Drittel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund erleben im Elternhaus Gewalt.

Hinzu kommt, dass immer mehr Kinder konfrontiert sind mit Heirats- und Scheidungsketten, Fortsetzungs-Ehen, Mehrelternfamilien oder Patchwork-Familien. Die Zahl der Ein-Kind-Familien wächst ebenso wie die Zahl der Alleinerziehenden. Gleichzeitig nimmt die Armut von Kindern erschreckende Dimensionen an: Sozialverbände befürchten, dass in Deutschland bis Ende 2005 rund 1,6 Millionen Kinder leben werden, deren Familien an der Armutsgrenze leben.

„Vor diesem Hintergrund ist Sozialarbeit an Schulen wichtiger denn je“, erklärte Dannhäuser. „Ziel muss es sein, die Persönlichkeit junger Menschen zu stärken, ihnen gesellschaftliche und schulische Integration zu ermöglichen.“ Grundsätzlich muss jeder Schüler Anspruch auf Schulsozialarbeit haben. Sie muss mehr sein als eine nur kurzzeitige Intervention im Krisenfall. „Eine volle Stelle eines Sozialpädagogen kostet rund 46 000 Euro im Jahr – dieser Summe stehen 73 000 Euro Kosten jährlich gegenüber, die jeder einzelne Jugendliche verursacht, der eine Einzelmaßnahme erfährt.“

Als Sprecher des „Forums Bildungspolitik in Bayern“, in dem 30 Bildungsorganisationen, Schüler- und Elternvertretungen zusammengeschlossen sind, forderte Dannhäuser:

- Jede Schule hat ein Recht auf Schulsozialarbeit. Ziel muss die flächendeckende Versorgung sein
- für die Schulsozialarbeit muss ein schlüssiges Konzept entwickelt werden
- künftig muss die Zuständigkeit für Schulsozialarbeit in die Verantwortung des Kultusministeriums fallen
- die Dienst- und Fachaufsicht in allen schulischen Fragen muss in den Händen der Schulleiter/innen liegen, die konkrete Ausgestaltung der Arbeit in der Eigenverantwortung der sozialpädagogischen Kraft
- für die sozialpädagogische Arbeit ist ein eigener Raum sowie einen ausreichender Aufenthalts- und Gruppenraum zur Verfügung zu stellen
- es ist ein jährlich wachsender Fördermitteltopf einzurichten, aus dem Schulen auf Antrag langfristig mit 50% bezuschusst werden. Der Topf soll im ersten Jahr 5 Millionen Euro umfassen und jedes Jahr um diese Summe wachsen, bis alle Schulen, die einen Antrag stellen, versorgt sind. ♦